



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

50. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 8. August 1996

Nummer 32

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
20302	30. 7. 1996	Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamten im Lande Nordrhein-Westfalen	244
2122	11. 7. 1996	Verordnung zur Änderung der Wahlordnung für die Wahl zu den Kammerversammlungen der Heilberufskammern.	244
223	7. 7. 1996	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bildung von regierungsbezirksübergreifenden Schulbezirken für Bezirksfachklassen an Berufsschulen	244
2251		Berichtigung der ersten Satzung zur Änderung der Satzung der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen (LfR) über die Förderung Offener Kanäle in Kabelanlagen vom 19. Oktober 1995 (GV. NW. 1996 S. 176).	245
822	30. 5. 1996	Vierter Nachtrag zur Satzung des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes	249
	24. 7. 1996	Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen in höheren Fachsemestern an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester 1996/97	245

20302

**Dreizehnte Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die Arbeitszeit der Beamten
im Lande Nordrhein-Westfalen**

Vom 30. Juli 1996

Aufgrund des § 78 Abs. 3 des Landesbeamtengesetzes (LBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 (GV. NW. S. 234), zuletzt geändert durch Art. I des Gesetzes vom 7. Februar 1995 (GV. NW. S. 102, berichtigt S. 107), wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über die Arbeitszeit der Beamten im Lande Nordrhein-Westfalen (AZVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Dezember 1986 (GV. NW. 1987 S. 15), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. März 1995 (GV. NW. S. 292), wird wie folgt geändert:

1. § 2a wird wie folgt geändert:

- a) In § 2a Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter „in jedem Kalenderhalbjahr“ durch die Wörter „im Kalenderjahr“ ersetzt.
- b) Abs. 3 wird gestrichen.
- c) Abs. 4 wird Abs. 3.
- d) Im neuen Abs. 3 wird im 2. Halbsatz das Wort „Kalenderhalbjahr“ durch das Wort „Kalenderjahr“ ersetzt.

2. § 8 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„An den Tagen vor Weihnachten und Neujahr entfällt der Dienst, soweit es die dienstlichen Verhältnisse zulassen. Kann Dienstbefreiung aus dienstlichen Gründen nicht erteilt werden, ist für den Dienst bis 12.00 Uhr an einem anderen Tag Freizeitausgleich zu gewähren.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1996 in Kraft.

Düsseldorf, den 30. Juli 1996

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen
Der Stellvertreter
des Ministerpräsidenten

(L. S.)

Michael Vesper

Der Innenminister

Franz-Josef Kniola

– GV. NW. 1996 S. 244.

2122

**Verordnung
zur Änderung der Wahlordnung
für die Wahl zu den Kammerversammlungen
der Heilberufskammern**

Vom 11. Juli 1996

Aufgrund des § 18 des Heilberufsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. April 1994 (GV. NW. S. 204) wird nach Anhörung der Heilberufskammern verordnet:

Artikel I

Die Wahlordnung für die Wahl zu den Kammerversammlungen der Heilberufskammern vom 14. Dezember 1988 (GV. NW. S. 498) wird wie folgt geändert:

1. § 7 Abs. 1 Satz 3 wird ersatzlos gestrichen.

2. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird vor dem Wort „Anschrift“ das Wort „privater“ eingefügt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „drei Monate“ durch die Wörter „15 Wochen“ ersetzt.
- c) Absatz 5 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:
„(5) Das Wählerverzeichnis ist innerhalb der Auslegungszeit nach Absatz 2 zu ändern, wenn die Kammer einen Mangel feststellt, ein Kammermitgliedschaftsverhältnis begründet oder beendet oder wenn die Änderung aufgrund eines Einspruchs erforderlich wird.“
- d) In Absatz 6 wird nach dem Wort „Wählerverzeichnis“ das Wort „spätestens“ eingefügt.

3. In § 10 Satz 2 Nr. 4 wird das Wort „acht“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.

4. § 11 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden
 - aa) vor dem Wort „Anschrift“ das Wort „privaten“ eingefügt und
 - bb) die Wörter „Bezeichnung nach § 27“ durch die Wörter „Bezeichnung nach § 33“ ersetzt.
- b) Nach Satz 3 wird folgender Satz 4 angefügt:
„Sie darf nicht eine Ziffer, eine Zahl oder einen einzelnen Buchstaben enthalten.“

5. § 19 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Nach Beendigung der Wahl vermerkt der Wahlausschuß die Stimmabgabe im Wählerverzeichnis oder erfaßt diese in einem gesonderten Verzeichnis, öffnet sodann die Wahlbriefumschläge und legt die den Wahlbriefumschlägen entnommenen Wahlumschläge in Wahlurnen.“
- b) In Satz 2 wird das Wort „Dann“ ersetzt durch die Wörter „Nach Öffnung der Wahlurnen“
- c) In Satz 2 Nr. 1 wird das Wort „Umschläge“ durch das Wort „Wahlumschläge“ ersetzt.

6. In § 24 Abs. 1 wird vor das Wort „Kammerversammlung“ das Wort „neugewählte“ eingefügt.

7. § 31 wird ersatzlos gestrichen.

Artikel II

Diese Änderung der Wahlordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 11. Juli 1996

Der Minister für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Axel Horstmann

Die Ministerin für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Bärbel Höhn

– GV. NW. 1996 S. 244.

223

**Verordnung zur Änderung
der Verordnung über die Bildung
von regierungsbezirksübergreifenden
Schulbezirken für Bezirksfachklassen
an Berufsschulen**

Vom 7. Juli 1996

Aufgrund des § 9 Abs. 2 Buchstabe c des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG) in der Fassung der Bekanntma-

chung vom 18. Januar 1985 (GV. NW. S. 155), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. April 1995 (GV. NW. S. 376), wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über die Bildung von regierungsbezirksübergreifenden Schulbezirken für Bezirksfachklassen an Berufsschulen vom 31. Mai 1994 (GV. NW. S. 321), geändert durch Verordnung vom 29. Mai 1995 (GV. NW. S. 507), wird wie folgt geändert:

Die Anlage wird wie folgt geändert:

1. In der Regelung zum Ausbildungsberuf „Destillateur/Destillateurin; Brenner/Brennerin“ werden in der Spalte „Schule“ die Wörter „Berufsbildende Schule 12 der Stadt Köln“ ersetzt durch die Wörter „Gewerbliche Schulen III der Stadt Dortmund“.
2. Vor der Regelung zum Ausbildungsberuf „Kälteanlagenbauer/Kälteanlagenbauerin“ wird folgende Regelung eingefügt:
 Ausbildungsberuf: „Kachelofen- und Luftheizungsbauer/Kachelofen- und Luftheizungsbauerin“
 Schule: „Berufsschule für Landesfachklassen in Gelsenkirchen“
 Schulbezirk: „Land Nordrhein-Westfalen“
 Bemerkungen: „-“
3. In der Regelung zum Ausbildungsberuf „Kartograph/Kartographin“ werden in der Spalte „Schule“ die Wörter „Berufsschule für Landesfachklassen in Gelsenkirchen“ ersetzt durch die Wörter „Gewerbliche Bildungsanstalt der Stadt Bonn“.
4. In der Regelung zum Ausbildungsberuf „Landwirt/Landwirtin“ (Berufsbildende Schulen des Kreises Coesfeld in Lüdinghausen) werden in der Spalte „Schulbezirk“ die Wörter „aus dem Kreis Coesfeld: Ascheberg, Dülmen, Lüdinghausen, Nordkirchen, Olfen, Senden“ ersetzt durch die Wörter „Kreis Coesfeld“.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1996 in Kraft.

Düsseldorf, den 7. Juli 1996

Für die Ministerin
für Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Die Ministerin
für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Anke Brunn

– GV. NW. 1996 S. 244.

2251

Berichtigung der ersten Satzung zur Änderung der Satzung der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen (LfR) über die Förderung Offener Kanäle in Kabelanlagen vom 19. Oktober 1995 (GV. NW. 1996 S. 176)

1. § 4 Abs. 1 Satz 1 bleibt bestehen:
 „In den von der LfR erlassenen Richtlinien werden Höchstbeträge für die förderungsfähigen Ausgaben festgelegt.“
2. § 13 der Satzung der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen (LfR) über die Förderung Offener Kanäle in Kabelanlagen vom 29. November 1991 (GV. NW. 1992, S. 6) entfällt.

– GV. NW. 1996 S. 245.

Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen in höheren Fachsemestern an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester 1996/97

Vom 24. Juli 1996

Aufgrund des § 8, des § 10 Abs. 2 und des § 11 Nr. 2 des Zweiten Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsgesetz NW – HZG NW) vom 11. Mai 1993 (GV. NW. S. 204), geändert durch Artikel V des Gesetzes vom 6. Juli 1993 (GV. NW. S. 476), wird verordnet:

§ 1

(1) Für die in der Anlage zu dieser Verordnung bezeichneten Studiengänge wird an den dort genannten Hochschulen die Zahl der Studienplätze in höheren Fachsemestern für das Wintersemester 1996/97 nach Maßgabe der Anlage festgesetzt.

(2) In den in der Anlage mit „R“ bezeichneten Studiengängen werden an den dort genannten Hochschulen in den bezeichneten Fachsemestern über die Zahl der Rückmelderinnen und Rückmelder hinaus keine weiteren Studentinnen und Studenten aufgenommen. Liegt in diesen Studiengängen die Zahl der Rückmelderinnen und Rückmelder unter der gemäß Absatz 1 festgesetzten Zahl der Studienplätze, bestimmt die Hochschule eine gesonderte Bewerbungsfrist und gibt sie in geeigneter Weise bekannt.

(3) Soweit sich die der Festsetzung nach Absatz 1 zugrundeliegenden Daten wesentlich ändern, wird die Ministerin für Wissenschaft und Forschung die Zulassungszahlen durch Rechtsverordnung, die rückwirkend in Kraft tritt, neu festsetzen.

§ 2

Für die Bestimmung der Zulassungszahl und die Vergabe der danach verfügbaren Studienplätze gelten, soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist, §§ 55 und 56 der Vergabeverordnung NW vom 20. November 1993 (GV. NW. S. 890), zuletzt geändert durch die Fünfte Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung NW vom 3. Mai 1996 (GV. NW. S. 182).

§ 3

Im vorklinischen Teil des Studiengangs Medizin eingeschriebene Studentinnen und Studenten können nach dem Bestehen der Ärztlichen Vorprüfung das Studium im ersten Fachsemester des klinischen Teils des Studiengangs Medizin an ihrer Hochschule fortsetzen.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1996 in Kraft.

Düsseldorf, den 24. Juli 1996

Die Ministerin
für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Anke Brunn

Zahl der Studienplätze in höheren Fachsemestern gemäß der Verordnung vom 24. Juli 1996 (GV. NW. S. 245)

I. Studiengänge an Wissenschaftlichen Hochschulen

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluß	Fach- semester	TH AC	UNI BI	UNI BO	UNI BN	UNI DO	UNI D	UGH E	UNI K	UNI MS	DSH K	UGH PB	UGH SI	UGH W
Architektur	(Diplom)	3. 5. 7.	230 222 214				74								
Betriebswirtschaft	(Diplom)	2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9.	88 230					180 180 180 180		276 551 268 531 258 512 247 494	190 366 171 330 154 298 138 268				
Biochemie	(Diplom)	3.		21											
Biologie	(Diplom)	3. 5.-9.		90 208						163					
Biologie	(LA S II)	2. 3.							12	82					
Deutsch	(LA S I)	2. 3. 4. 5. 6. 7.								25R 43R 18R 31R 13R 23R					
Deutsch als Fremdsprache	(Magister, Hauptfach)	2. 3. 4.		8 18 8											
Geographie	(Diplom)	2.-7.				345									
Geographie	(LA S II)	2. 3. 4. 5. 6. 7.				24 24 22 22 20 20									
International Business Studies (integriert)	(Diplom)	3.											149		
Kunstgeschichte	(Magister, Hauptfach)	3.								44					
Kunstgeschichte	(Magister, Nebenfach)	3.								91					
Landschaftsökologie	(Diplom)	3.									81				
Lebensmittelchemie	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 6.				10 10 10 10 10									
Lehramt Primarstufe	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 6. 7.		57					106 198 106 198 106	135R 265R 127R 249R 119R 234R	126 487		39		
Medienwissenschaft	(Magister, Nebenfach)	3. 5. 7. 9.						76 57 43R 31R							
Medienplanung, Medienent- wicklung, Medienberatung (integriert)	(Diplom)	3.												59	
Medizin/Vorklinischer Teil	(Staatsexamen)	2. 3. 4.				131 131 128		164 161 157		169 169 157	140 141 140				
Medizin/ Klinischer Teil	(Staatsexamen)	1. 2. 3. 4. 5.-6.	172 73 172 73 245			108 107 108 107 232 215		120 120 120 120 240	175 88 175 88 263	132 131 132 131 263	127 127 127 127 254				

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluss	Fach- semester	TH AC	UNI BI	UNI BO	UNI BN	UNI DO	UNI D	UGH E	UNI K	UNI MS	DSH K	UGH PB	UGH SI	UGH W
Ökologie	(Diplom)	3.							63						
Pädagogik	(Diplom)	2. 3. 4. 5. 6. 7.								27R 66R 22R 45R 17R 36R					
Pharmazie	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 6. 7. 8.				79 78 75 74 72 71 68		51 49 48 46 45 43 42			66 66 66 65 65 65 64				
Psychologie	(Diplom)	3. 5. 7. 9. 5.-8. 5.-9.		113	127	84		65 60 55 49		84 84 84 84	106				
				236	168										
Psychologie	(Magister, Hauptfach)	3.								6					
Psychologie	(Magister, Nebenfach)	3. 5. 7. 9. 5.-9.		62				30 25 21 18		12					
				131											
Psychologie (Integriert)	(Diplom)	3. 5. 7.													70 70 70
Rechtswissenschaft	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 6.		100	166 325 156	211 410 200 389 189		140		221 442 214	177 409 173 400				
Sonderpädagogik	(LA SP)	2. 3.					67 193								
Sonderpädagogik	(LA SII)	2. 3.					1 3								
Sport	(Diplom)	2.-4. 5. 6.										721 309 206			
Theater-, Film- u. Fernseh- wissenschaft	(Magister, Hauptfach)	3.								40R					
Theater-, Film- u. Fernseh- wissenschaft	(Magister, Nebenfach)	3.								82R					
Völkerkunde	(Magister, Hauptfach)	3.								24R					
Völkerkunde	(Magister, Nebenfach)	3.								49R					
Volkswirtschaft sozial- wissenschaftl. Richtung	(Diplom)	2. 3.								23 44					
Wirtschaftsinformatik	(Diplom)	3.								82					
Wirtschaftspädagogik	(Diplom)	2. 3.								15 31					
Zahnmedizin	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10.		50 50 50		30 30 30 29 29 28 28 28		44 44 44		50 48 47 45	50 49 47 46 44 44 42 41 39				

R : Die Aufnahme von Studenten ist auf Rückmelder beschränkt.

II. Fachhochschulstudiengänge

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluß	Fachse- mester	UGH Essen	UGH Paderb. Abt. Höxter	FH Aachen	FH Biele- feld	FH Bochum	FH Dort- mund	FH Düssel- dorf	FH Gelsen- kirchen	FH Köln	FH Lippe Abt. Detmold	FH Münster	FH Krefeld Abt. MG	F H	
															Abt. Rheinb.	Abt. St.Aug.
Allgemeine Informatik	(Diplom)	3. 5. 7.						60 60 60								
Architektur	(Diplom)	3. 5. 7.			106	42 42		124 124 124	88 88 88		159 159 159	61 61 61				
Bauingenieurwesen	(Diplom)	3. 5.			176 176		125 125				128 128		150 150			
Film/Fernsehen	(Diplom)	3. 5.					20 20									
Innenerkitektur	(Diplom)	3. 5. 7.							78 78 78							
Landespflege	(Diplom)	3. 5.	63 63	94 92												
Maschinenbau/Fahrzeug- technik	(Diplom)	3.									125					
Sozialarbeit	(Diplom)	2. 3. 4. 5. 6. 7.	22			37 36 36 36		127 125			87 85 82 79		32 33 32	58 56 55		
Sozialpädagogik	(Diplom)	2. 3. 4. 5. 7.	21			78 78 76 77		176 172 169			249 226 204		84 84 84	92 92 92		
Technische Informatik	(Diplom)	3. 5.						69 69								
Technischer Umweltschutz	(Diplom)	3.		93												
Übersetzen/Dolmetschen	(Diplom)	3.									245					
Wirtschaft	(Diplom)	2. 3. 4. 5. 6. 7.			80			109 108 107			179 178 176		54 163 54 162	77 100 77 100 100	30 30	30 30
Wirtschaftsinformatik	(Diplom)	3. 5.						59 59								
Wirtschaftsingenieurwesen (Zusatzstudium)	(Diplom)	3.						70								
Wirtschaftsrecht	(Diplom)	3.								69						

822

**Vierter Nachtrag
zur Satzung des Rheinischen Gemeinde-
unfallversicherungsverbandes
Vom 30. Mai 1996**

Artikel I

Die Satzung des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes vom 13. Dezember 1989 (GV. NW. S. 664), zuletzt geändert durch den dritten Nachtrag vom 24. Mai 1995 (GV. NW. S. 917), wird wie folgt geändert:

1. In § 33 Abs. 1 Nr. 6 der Satzung wird die Bezeichnung „§ 130 Abs. 4 OWiG“ ersetzt durch die Bezeichnung „§ 130 Abs. 3 OWiG“.
2. § 11 Abs. 3 Satz 2 des Anhangs zu § 24 der Satzung (Beitragsordnung) wird gestrichen. Satz 3 des § 11 Abs. 3 des Anhangs zu § 24 der Satzung (Beitragsordnung) wird zu dessen Satz 2.

Artikel II

Der vierte Nachtrag tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Artikel III

Die vorstehende Fassung des vierten Nachtrages wurde von der Vertreterversammlung des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes am 30. 5. 1996 beschlossen.

Düsseldorf, den 30. Mai 1996

Der Vorsitzende
der Vertreterversammlung

Kramer

Der Vorsitzende
des Vorstandes

Etschenberg

Genehmigung

Der von der Vertreterversammlung am 30. Mai 1996 beschlossene 4. Nachtrag zur Satzung des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes vom 13. Dezember 1989 wird gem. § 34 Abs. 1 SGB IV i. V. m. §§ 769 Abs. 1 und 672 Abs. 1 RVO genehmigt.

Essen, den 25. Juli 1996

Landesversicherungsamt
Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
Schürmann

– GV. NW. 1996 S. 249.

Einzelpreis dieser Nummer 2,20 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (02 11) 96 82/229, Tel. (02 11) 96 82/238 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 57,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 114,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (02 11) 96 82/229, Tel. (02 11) 96 82/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359